

Beamte im Luxus: Unternehmer bluten in der Wirtschafts-Krise!

Die Freiheitliche Wirtschaft kritisiert staatliche Beamtenboni und fordert mehr Unterstützung für Unternehmen in der Krise.



Österreich - Die Freiheitliche Wirtschaft warnt vor der besorgniserregenden wirtschaftlichen Lage in Österreich. Wie **OTS** berichtet, seien Unternehmer von der Regierung im Stich gelassen worden, während Beamte in Krisenzeiten von Gehaltssteigerungen und Boni profitieren. Diese Ungleichheit wird von Günter Burger, dem Landesobmann der Freiheitlichen Wirtschaft Kärnten, scharf kritisiert.

Aktuell leidet die österreichische Wirtschaft unter einer tiefen Rezession, die sich laut WIFO/IHS bis ins vierte Jahr ausdehnen könnte. Unternehmer sehen sich angesichts anhaltender industrieller Schrumpfung und verschobener Entlastungsmaßnahmen gezwungen, ihre Stimme zu erheben.

Bürger fordert ein Umdenken der Regierung und ein Ende der Umverteilung zugunsten des öffentlichen Sektors.

Beamtenpensionen in der Kritik

Einen zentralen Punkt der Kritik stellen die Beamtenpensionen dar. Laut **Die Presse** entfällt der größte Teil des Staatsbudgets auf Pensionszahlungen, die allein für 2024 auf etwa 123,5 Milliarden Euro geschätzt werden. Rund 30 Milliarden Euro dieser Summe fließen in die Finanzierung der aktuellen Pensionisten, was Österreich im internationalen Vergleich hohe Aufwendungen für Pensionen beschert.

Die staatliche Pension basiert auf dem Umlageverfahren, welches rund 92 Prozent der Finanzierung ausmacht. In Kombination mit den zusätzlichen Altersvorsorgeoptionen, welche nur geringe Anteile ausmachen, zeigt sich die Abhängigkeit des Systems von den fortlaufenden Beiträgen der Erwerbstätigen. Das Design des Pensionssystems wird von Bürgern zunehmend als skandalös wahrgenommen, insbesondere angesichts der vorherrschenden Inflation und der Schwierigkeiten, in der Privatwirtschaft zurechtzukommen.

Gesamtveränderung der demografischen Situation

Die demografische Entwicklung Österreichs bietet einen weiteren Kontext zu diesen Herausforderungen. Laut den Daten von **Statistik Österreich**, wird erwartet, dass die Zahl der über 65-Jährigen bis 2060 von 1,7 Millionen auf 2,8 Millionen steigt. Diese Veränderung hat weitreichende Konsequenzen für die Pensionssysteme, die unter einem wachsenden Druck stehen werden.

Aktuelle Statistiken zeigen, dass der tatsächliche Pensionsantritt in Österreich unter dem OECD-Durchschnitt liegt. Männer gehen im Schnitt mit 61,6 Jahren und Frauen mit 60,9 Jahren in Rente.

Dennoch muss berücksichtigt werden, dass die Lebenserwartung steigt: Aktuell liegt sie bei 84 Jahren für Frauen und 79 Jahren für Männer. Prognosen deuten darauf hin, dass diese Werte bis 2060 auf 90 Jahre für Frauen und 87 Jahre für Männer ansteigen werden.

Angesichts der gegenwärtigen Portraittierung der ökonomischen Lage äußert Bürger seine Zuversicht, dass Unternehmer sich zusammenschließen sollten, um eine sofortige Priorisierung der Bedürfnisse der Privatwirtschaft zu fordern. Das Desaster, das gegenwärtig für viele Unternehmer Realität ist, könnte sich nur ändern, wenn die Regierung bereit ist, ihre Politik in Richtung einer faireren und effizienteren Verteilung von Ressourcen zu überdenken.

Details	
Vorfall	Wirtschafts- und Industriekrise
Ursache	Rezession, Kostenexplosion, Selbstbedienungsmentalität
Ort	Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.ots.at• www.diepresse.com• www.statistik.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at